

Eröffnung des 21. Tourismusgipfels

Dr. Michael Frenzel

**Präsident des Bundesverbands
der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede (Montag, 5. November 2018, 10:45 Uhr)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlich Willkommen zum 21. Tourismusgipfel.

Wir leben in unruhigen Zeiten. Diese Einleitung habe ich, wenn ich mich recht erinnere, schon oft in den vergangenen Jahren nutzen müssen. Sie ist aber leider gerade jetzt aktueller denn je. Alte, unüberwindbar geglaubte Konfrontationen brechen neu auf. Eine unberechenbar gewordene amerikanische Außenpolitik trifft auf ein erstarktes, selbstbewusstes, die nationale Identität und den Führungsanspruch betonendes Russland. Blutige, weltweite wie lokale Konflikte prägen die Nachrichten. Hunderttausende verlassen ihre Heimat, auch aus wirtschaftlicher Not, und suchen Schutz durch Flucht.

Europa findet darauf keine einheitliche Antwort, sondern streitet. Der bevorstehende Brexit beschleunigt gerade für unsere Branche bedrohlich die Gefahr des Auseinanderbrechens Europas, populistische Parteien nutzen mit radikalen Parolen und anscheinend einfachen Antworten das Szenario, um die traditionelle Parteienlandschaft umzupflügen.

Auch Deutschland, bisher Stabilitätsinsel in dieser rauen See, bleibt davon nicht unberührt. Die politische Landschaft verschiebt sich. Trotz quasi Vollbeschäftigung und exzellenten Wirtschaftsdaten nimmt die Verunsicherung, ja Frustration, in breiten Kreisen der Bevölkerung zu, die viele ihrer existentiellen Fragen nicht beantwortet sehen.

Umso mehr bedarf es des vernünftigen, offenen Dialogs zwischen Wirtschaft und Politik, der von uns nicht einseitig als Beschwerdestunde der Branche gegenüber der Politik verstanden wird, sondern in dem wir uns, die Millionen von Menschen bewegen, auch der Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung der Branche stellen.

Tourismuswirtschaft trifft Politik, so könnte der Untertitel unserer Veranstaltung lauten, zu der ich Sie noch einmal herzlich Willkommen heiße.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir alle, die wir in unserer Branche tätig sind, können uns in vielerlei Hinsicht glücklich schätzen. Wir stehen für ein tolles Produkt. Wir machen Menschen glücklich, bereiten ihnen schöne Stunden, Tage und Wochen. Wir füllen Freizeit mit Leben, mit Erlebnissen, mit Genuss. Tourismus klingt nach Urlaub, Sun and Beach, den zwei schönsten Wochen des Jahres. Dafür stehen wir natürlich auch. Aber Tourismuswirtschaft ist mehr.

Darüber möchte ich gern heute sprechen und damit werden wir uns in unseren heutigen Panels beschäftigen. Wer und was sind wir? Welche Themen bewegen uns heute und in Zukunft? Und was bedeutet das politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich?

Die gute Botschaft vorweg. Wir sind Wachstumsbranche.

Trotz aller anfangs geschilderten politischen Verwerfungen, die Nachfrage nach Reisen ist ungebrochen und steigt nach wie vor, und das weltweit. Das zeigt eine Zwischenbilanz 2018 deutlich. Für viele ist Reisen ein Grundbedürfnis und das wird auch gelebt.

Dazu einige Zahlen:

- 2017 waren 1,3 Milliarden Reisende grenzüberschreitend unterwegs, im ersten Halbjahr 2018 schon 6% mehr. Unsere Branche wächst weltweit nun schon im siebten Jahr deutlich stärker als die World Economy.
- Das Reiseziel Deutschland steuert auf das neunte Rekordjahr in Folge zu.
- Deutschland profitiert von der Reiselaune der Deutschen und großem Interesse an Reisen im eigenen Land. Deutschlandreisen stehen aber auch im Ausland hoch im Kurs. Im Ergebnis stehen unterm Strich bis August 326 Millionen und damit 4 Prozent mehr Übernachtungen sowohl der inländischen als auch der ausländischen Gäste. Der bisherige Rekord von 460 Millionen aus dem Jahr 2017 wackelt deutlich.
- Der Umsatz des Gastgewerbes stieg bis einschließlich August um 3,2 Prozent. Die Beherbergungsunternehmen erzielten 3,8 Prozent höhere Umsätze, die Gastronomen steigerten ihren Umsatz um 2,9 Prozent
- Bis September zählten die deutschen Flughäfen 185,1 Millionen Passagiere – 2,7 Prozent mehr als in den ersten neun Monaten 2017.
- Das Reisejahr war bisher also ein sehr gutes. Kein Wunder, denn die Reiselaune ist weiterhin bestens, wie der Tourismusindex, den BTW zwei Mal im Jahr erhebt, zur Jahresmitte zeigte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Erfolgsgeschichte des Tourismus ist beeindruckend und kommt nicht zuletzt dem Wirtschaftsstandort Deutschland zu Gute. Weiteres hohes Potential gibt es für die Zukunft:

Eine Milliarde Menschen mehr als heute werden 2030 weltweit voraussichtlich der Mittelschicht angehören, Reisen wird für sie erschwinglich. UNWTO prognostiziert daher für das Jahr 2030 jährlich rd. 1,8 Milliarden Touristen, d.h. 500 Millionen mehr als aktuell. Die IATA prognostiziert, dass die Anzahl der Flugreisen von heute 4 Milliarden auf 7,8 Milliarden bis 2036 zunimmt.

Für unsere Branche ist das natürlich zunächst eine sehr erfreuliche Aussicht. Diese Zahlen beinhalten aber auch einen klaren Auftrag an uns: Achtsam sein, vorsorgen, Lösungen und Strategien entwickeln, wie wir diese Touristenströme steuern können. Ich weiß um den Beigeschmack, den der Begriff „steuern“ bei vielen hinterlässt. Aber genau das müssen wir tun. Wir riskieren sonst nicht nur den Kollaps besonders begehrter Ziele und damit die Grundlage unserer Geschäftsmodelle. Wir werden vor allem unserer Verantwortung für den Schutz und Erhalt unserer natürlichen Ressourcen nicht gerecht.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Viele Destinationen sind von Overtourism weit entfernt und werden es vielleicht auch auf lange Sicht bleiben. Wegducken und abwarten ist trotzdem die falsche Strategie. Vorbeugen wird um ein Vielfaches einfacher sein, als die Schäden zu beheben. Wir brauchen Faktengrundlagen. Wir brauchen ein Destinations-Marketing, das nicht nur Volumenziele hat, sondern einer klaren Qualitätsstrategie folgt. Wir brauchen ggf. auch die Regulierung von Kapazitäten. Und wir müssen alle betroffenen Parteien einbinden. Diesen und weiteren Lösungsansätzen wollen wir uns gleich auch im Rahmen einer Podiumsdiskussion widmen. Und ich appelliere an Sie alle:

Lassen Sie uns gemeinsam an Lösungen arbeiten, wie wir auch künftig Reiselust statt Reisefrust garantieren können.

Meine Damen und Herren,
Ja, wir brauchen Lösungen, um das touristische Wachstum nachhaltig zu managen.

Aber die positiven Effekte des Tourismus dürfen wir darüber nicht vergessen. Reisen und Ausflüge sind vielerorts Garant für einen stabilen Wirtschaftsstandort und eine wichtige Stütze für den Arbeitsmarkt. Mehr als 300 Millionen Jobs hängen heute weltweit vom Tourismus ab. Fast jeder 10. Arbeitsplatz geht auf das Konto des Tourismus. 400 Millionen und jeder 9 Arbeitsplatz könnten es nach aktuellen WTTC-Prognosen in zehn Jahren sein. Allein in Deutschland beschäftigt unsere Branche 3 Millionen Menschen.

Unsere Unternehmen leisten Beachtliches: Wir sind einer der größten Arbeitgeber überhaupt. Wir bieten vielfältige Möglichkeiten zum Einstieg und Aufstieg für Menschen aller Qualifikationsstufen. Wir sind integrativ. Weit über ein Viertel unserer Beschäftigten hat ausländische Wurzeln. Integration durch Arbeit ist für unsere Branche keine leere Worthülse, sondern gelebte Wirklichkeit: Mehr als 31.000 Geflüchtete aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern hatten zum letzten Jahreswechsel einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsvertrag allein im Gastgewerbe. Keine andere Branche beschäftigt mehr.

Umso gerechtfertigter ist unser Appell an die Politik:
„Wir brauchen weniger Belastung, mehr Entlastung, etwa im Arbeitsrecht!“

Oder noch genereller:
„Bedenkt, dass Wachstum und hohe Beschäftigung nur dann gesichert sind, wenn die Rahmenbedingungen, die die Politik uns setzt, stimmen.“

Und hier droht Ungemach: Gerade Arbeitsmarktpolitik geht oft über die Betriebswirklichkeit unserer Unternehmer hinweg. Das muss sich ändern! Wir reden von einer Dienstleistungsbranche mit hohem Personaleinsatz. Unsere Arbeit ist von äußeren Faktoren abhängig und deshalb oft nur eingeschränkt planbar – egal ob es ums Wetter geht, um kurzfristige Buchungen oder die Feierlaune einer Hochzeitsgesellschaft: Das erfordert Rahmenbedingungen, die flexibles Handeln ermöglichen.

Die deutsche Arbeitsmarktpolitik geht jedoch seit Jahren in eine andere Richtung. Mehr Belastungen, wenig Flexibilität: Die starre tägliche Höchstarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz ist nicht zeitgemäß. Es muss Lösungen geben, dass die Mitarbeiter dann arbeiten können, wenn Arbeit anfällt – zum Beispiel bei Veranstaltungen, die länger dauern. Für einige Branchen wie Medizin, Lehre oder Landwirtschaft gibt es Ausnahmeregelungen. Andere profitieren davon, dass sie nicht kontrolliert werden. Die Politik muss sich in diesem Punkt ehrlich machen. Es geht nicht darum, Ruhezeiten anzutasten. Es geht nicht um Mehrarbeit. Es geht uns einzig und allein um eine sinnvollere Verteilung der Arbeitszeit. Ausnahmeregelungen für einzelne Branchen greifen zu kurz. Experimentierräume ausschließlich für Unternehmen mit Betriebsrat, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht, gehen an der Unternehmenswirklichkeit vorbei. Flexibilität bei der täglichen Höchstarbeitszeit muss für alle Branchen und Unternehmen gelten – auch im Tourismus!

Wir freuen uns sehr, dass Bundesarbeitsminister Heil heute über „die Zukunft der Arbeit“ sprechen wird. Wir bauen darauf, dass bei den Zukunftsvisionen auch die Betriebsrealität eine Rolle spielt.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Rahmenbedingungen sprechen, sollten wir uns stets vor Augen halten, dass unsere Branche neben wenigen Großen vor allem vom Mittelstand geprägt ist.

„Das Rückgrat der Wirtschaft“ – so wird der Mittelstand gern bezeichnet. „Herzstück des Beschäftigungsaufbaus“, den Deutschland seit elf Jahren verzeichnet, so rühmte ihn zuletzt die staatliche Förderbank KfW. Auch wir können darauf stolz sein. Denn wir sind eine klassische Mittelstandsbranche. Restaurants und Reisebüros, Hotels und Reisebusunternehmen, Freizeitparks und viele andere KMUs mehr bilden das Gros und in vielerlei Hinsicht auch das Herz unserer Branche.

Schon 2016 hat das Wirtschaftsministerium - versehen mit einem Loblied auf den starken vielfältigen Mittelstand – ein Aktionsprogramm „Zukunft Mittelstandspolitik“ ins Leben gerufen. Passiert ist jedoch viel zu wenig. Unternehmerfrust im Mittelstand ist die Folge. Unsere Branche braucht ein echtes Mittelstandsprogramm. Handfeste Maßnahmen, die den Mittelstand fördern und entlasten.

Zwei Themen, die ich nicht auslassen kann sind in diesem Zusammenhang die Urlaubssteuer und der Abbau überbordender Bürokratie:

Die Urlaubssteuer, meine Damen und Herren, muss weg. Die Urlaubssteuer – also die gewerbsteuerliche Hinzurechnung bei der Hotelzimmeranmietung durch Reiseveranstalter – bedroht den Mittelstand. Gerade diese Existenzen stehen auf dem Spiel. Die Reisebusunternehmer sind ein gutes Beispiel. Und ich bin Herrn Esser und mit ihm dem Reisebusverband RDA dankbar, dass er diesen Mittelstandsbezug mit dem Begriff Urlaubssteuer so plastisch gemacht hat. Das jüngste Urteil des Finanzgerichts Düsseldorf war wichtig, vielleicht sogar wegweisend. Es stuft den Hoteleinkauf als Anlagevermögen ein, auf den die gewerbsteuerliche Hinzurechnung nicht fällig wird. Damit teilt es die Auffassung der Branche. Wir freuen uns über diese Einschätzung. Sie gibt uns Rückenwind auf dem Weg zu einem endgültigen Ende der Urlaubssteuer. Aber der Weg durch die Instanzen dauert zu lange. Wir brauchen eine politische Lösung und das schnell. Lieber Staatssekretär Bareiß, wir freuen uns sehr über Ihre Unterstützung in dieser Frage. Unterstützung tut dringend Not. Das Damoklesschwert Urlaubssteuer schwebt schon viel zu lang über unseren Betrieben.

Und da ich Sie direkt anspreche, noch das zweite Thema.

Unterstützen Sie uns, in dem Sie die gerade unsere Branche treffende, überbordende Bürokratie eindämmen. Angeblich wird seit Jahren Bürokratie abgebaut. Im Betriebsalltag ist davon wenig zu spüren. Der Bürokratiewahn bahnt sich in der Praxis immer stärker seinen Weg. Insbesondere die EU-Verbraucherschutzpolitik folgt dem Motto „koste es an Bürokratie, was es wolle“. Große globale Player sollten ursprünglich reguliert werden. Ausbaden müssen den politischen Aktionismus die Kleinen. Das gilt vor allem für die Pauschalreiserichtlinie.

Das gilt für die Datenschutzgrundverordnung, um ein zweites besonders eklatantes aktuelles Beispiel zu nennen. Natürlich hat die Wahrung der Persönlichkeitsrechte höchste Priorität. Dem Schutz des Einzelnen wird man aber nicht zwingend dadurch gerecht, indem man Unternehmen bei der Datennutzung in Bürokratie ertrinken lässt. Nicht alle Vorgaben, die für einen Online-Großkonzern sinnvoll und machbar sind, sind es auch für einen

Fünfmannbetrieb mit analogem „Vor-Ort-Geschäft“. Nachbesserungen sind unerlässlich – bei diesem Gesetz und vielen anderen bürokratischen Ungetümen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir stellen uns unserer Verantwortung für ein nachhaltiges Wachstum, fordern aber auch von der Politik faire nicht wettbewerbsverzerrende Rahmenbedingungen ein.

Meine Liste hierzu könnte ich beliebig verlängern, nur zwei letzte Beispiele:

- Die Luftverkehrssteuer und der Emissionshandel belasten den deutschen Luftverkehrsstandort einseitig, eine Branche, die hunderttausende lokale Arbeitsplätze schafft. Auch beim Thema Sicherheitskontrolle hinkt Deutschland ausländischen Mitbewerbern hinterher: während hier nach wie vor die Unternehmen für die Kosten aufkommen, stehen andere Staaten für die Hoheitsaufgabe Sicherheit auch kostenmäßig ein.
- Faire Wettbewerbsbedingungen müssen zwischen der old und der new economy geschaffen werden. Die Veränderung, die die Digitalisierung für unsere Geschäftsmodelle bringt, ist nicht aufzuhalten, ja eröffnet im Gegenteil neue Chancen und Potentiale für die Branche. Den digitalen Wandel aktiv angehen, sein eigenes Unternehmen darauf einstellen und verändern ist ein Muss. Was gewährleistet sein muss ist der faire Wettbewerb zwischen alt und neu. Plattform und Sharing-Angebote gehören zum Leben 2018 dazu. Traditionelle Unternehmen werden aber oft immer noch strengere Vorgaben gesetzt als der digitalen Konkurrenz. Es ist Zeit für ein level playing field: Gleiches Recht für alle und gleiche Pflichten für alle – das muss in Zukunft die Maxime sein.

Meine Damen und Herren,

Viele Punkte, die ich in den vergangenen Minuten angesprochen habe, sollten sich auch in der Nationalen Tourismusstrategie, die die Bundesregierung angekündigt hat wiederfinden. Tourismuspolitik muss mehr sein als Barrierefreiheit und Qualitätsoffensiven. Darauf darf eine Nationale Tourismusstrategie nicht reduziert werden. Ja, unsere Erwartungen sind durchaus hoch. Und Nein, wir werden uns nicht mit dem Verweis darauf, dass Tourismus Ländersache ist, mit einer unambitionierten Strategie zufriedengeben! Steuerpolitik, Arbeitsrecht, ordnungspolitische Rahmensetzung, Verbraucherschutz und Bürokratieabbau - all das fällt sehr wohl in Bundeszuständigkeiten. All das gilt es, in der Nationalen Tourismusstrategie zu berücksichtigen.

Konkrete Vorschläge werden wir - auf Basis einer Expertenstudie - in Kürze vorlegen.

Zwei Punkte, so viel kann ich jetzt schon sagen, sind uns wichtig:

Erstens: Der Koalitionsvertrag hat einen „ganzheitlich wirtschaftspolitischen Ansatz“ versprochen. Dieser zentrale Aspekt darf kein Lippenbekenntnis bleiben.

Zweitens: Die Entwicklung der Nationalen Tourismusstrategie wird Zeit brauchen. Darauf muss man bei der Vielzahl der Akteure, die ein Wort mitreden wollen, vorbereitet sein.

Diese Zeit darf keine Zeit des Stillstands sein. Strategien sind gut, aber Handeln ist besser.

Es gibt die von mir angesprochenen, dringenden Themen wie Urlaubssteuer, Arbeitszeit, die Wettbewerbsbedingungen des Luftverkehrs oder der ordnungspolitische Rahmen für die Plattformökonomie, die angepackt werden müssen. Besser gestern als morgen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem Appell an unsere Branche enden:

Was steht bei uns allen im Mittelpunkt? Die Reise, der Ausflug, das Erlebnis unserer Kunden. Das ist das, was uns unter dem Dach „Tourismuswirtschaft“ vereint. Der eine trägt Infrastruktur bei, der nächste das Verkehrsmittel, ein anderer die Erlebnisse oder den Genuss und wieder andere verkaufen das Ganze. So sieht sie aus, die Dienstleistungskette Tourismus. Deshalb gehören wir zusammen, deshalb profitieren wir voneinander, auch wenn sich das nicht immer auf den ersten Blick erschließt. Deshalb sollten wir zusammenstehen. Hin und wieder Einzelinteressen hintenanstellen, wenn es um das große Ganze geht.

Nur gemeinsam sind wir stark. 3 Millionen Beschäftigte, 4 Prozent Bruttowertschöpfung, fast 300 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr in Deutschland - das bringen wir nur gemeinsam auf die Beine. Mit diesen Pfunden können wir nur gemeinsam wuchern. Bunte Vielfalt als starke Einheit – dafür bieten wir Ihnen als BTW das Dach und die Bühne.

Und lassen Sie uns vor allem bei all den Unruhen in der Welt, die ich Anfangs geschildert habe, eins nicht vergessen: Tourismus verbindet Menschen, Staaten und Kulturen. Reisen erweitert den Horizont. Unsere Branche steht wie vielleicht keine zweite für Völkerverständigung und Freiheit, für Weltoffenheit und Multikulti. Für diese Werte stehen wir ein! Diese Werte fordern wir aber auch ein. Ganz besonders von denen, die unsere Rahmenbedingungen vorgeben – egal, ob es um Rahmenbedingungen für unser unternehmerisches Tun geht oder jene für unsere persönliche Freiheit.

„Die gefährlichste aller Weltanschauungen ist die Weltanschauung der Leute, welche die Welt nie angeschaut haben.“ Dieses berühmte Zitat von Alexander von Humboldt ist aus meiner Sicht heute aktueller denn je. Zu viele Grenzen werden hochgezogen – reale zwischen Ländern und imaginäre in den Köpfen. Deshalb gilt unser Appell mehr denn je: Lasst uns reisen. Lasst uns die Welt anschauen. Lasst uns die Grenzen in unseren Köpfen einreißen. Tourismus kann zu Verständigung und Frieden beitragen. Tourismus ist eine Friedensindustrie und wir sind Teil davon.

Herzlichen Dank.

Das Thema Vielfalt und wer alles zum Tourismus gehört, beleuchtet auch unser Kampagnenfilm aus Sicht eines kleinen Strandkorbs - ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Herzlichen Dank und Film ab